

a

DER DIREKTOR

Bern, den 29. Juni 1976

der

Eidgenössischen Handelsabteilung

2301.7

Notiz an Herrn Bundesrat Graber

Herrn Bundesrat Brugger

2.7.: Mr. J. L. ...  
 ...  
 ...  
 ...

Gemäss beiliegendem Telegramm unserer Botschaft in Washington wünscht der Präsident der Weltbank, Herr McNamara, nächste Woche mit Herrn Botschafter Jacobi und mir in Paris Kontakt aufzunehmen bezüglich der Möglichkeiten, den Ausfall des schweizerischen Beitrages an die IDA IV wettzumachen. Da ich Herrn McNamara seit Jahren persönlich gut kenne, glaube ich, einer derartigen Aussprache nicht aus dem Wege gehen zu dürfen. (Ich werde zwischen dem 5. und 9. Juli am CES und der Nord-Süd-Konferenz in Paris anwesend sein.)

Dagegen scheint es mir aus grundsätzlichen politischen Erwägungen kaum denkbar zu sein, dass die schweizerische Regierung gegen den Willen des Schweizervolkes der IDA auf einem anderen Wege einen Beitrag zukommen lässt. Auch dürfte die Frage einer schweizerischen Beteiligung an der nächsten Aufstockung (IDA V) vorläufig nicht spruchreif sein. Ich nehme an, dass keine derartige Zusicherung gemacht werden könnte.

Was die Variante a) betrifft - Umwandlung der bisherigen schweizerischen Darlehen an die IDA in Geschenke - würde dies eine Aenderung der beiden Bundesbeschlüsse, also ein parlamentarisches Verfahren, bedingen. Dies könnte vielleicht in ein bis zwei Jahren erwogen werden unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Mitgliedstaaten der IDA ihre Beiträge à fonds perdu leisten. Kurzfristig würde die finanzielle Lage der IDA dadurch aber nicht verbessert, denn die erste Rückzahlung wird 1977 fällig.

Am naheliegendsten würde mir daher Variante d) scheinen, und ich bitte Sie um Ermächtigung, darauf einzutreten. Konkret würde dies bedeuten, dass die IDA der Schweiz Projekte unter-



- 2 -

breiten würde, die sie einlässlich geprüft hat und als sinnvolle erachtet, jedoch mangels finanzieller Mittel nicht oder nicht allein durchzuführen in der Lage ist. Die Schweiz könnte dann das eine oder andere Projekt unter dem Titel der bilateralen Finanzhilfe zu ihren Lasten übernehmen. Voraussetzung wäre allerdings ein neuer Rahmenkredit für die Finanzhilfe. Die interdepartementale Kommission für Entwicklungspolitik wäre mit diesem Vorgehen einverstanden.

1 Beilage

